

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Die Realität verändert sich so schnell, dass die Politik immer mühsamer folgen kann. Nach den Verwässerungen und Verzögerungen der Agenda 2010 ist ihr politisches Schicksal schon jetzt vorhersagbar. Selbst wenn sie im Herbst irgendwann umgesetzt sein sollte, wird sie als kleinmütig und überholt gewertet werden. Für die Union bedeutet das: Auch wir dürfen nicht stehen bleiben. Die Beschlüsse von München gelten uneingeschränkt. Es ist jetzt unsere vorrangige Aufgabe, dass wir diese Grundsatzunterschiede zum Koalitionslager zum Schwerpunkt aller öffentlichen Einlassungen machen.

In den nächsten Wochen kommt es darauf an, unseren Kompetenzvorsprung durch klare Positionierung bei der Handwerksreform und vor allem bei der Gesundheitsreform zu bewahren. Unabhängig von unseren Wunsch-Zeitplänen gilt: Je mehr die Regierung öffentlich als gescheitert angesehen wird, desto schärfer wird der Blick auf die Regierungsfähigkeit der Opposition gelenkt. Die Bürger suchen dringender denn je nach Antworten – und die Antworten suchen sich notfalls ihre Träger. Es liegt allein an uns, zentraler Kompetenzträger im politischen Angebot in Deutschland zu bleiben.

*Ifc*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

Beschlüsse des SPD- Präsidiums	...S.2
Eckpunkte zur Gesundheitsreform	...S.4
Neues von Gerster	...S.4
Hartz- Reformen greifen nicht	...S.5
Die rote Heidi kann's nicht lassen	...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

►► Die **Beschlüsse des SPD-Präsidiums** vom Montag sind in der Situation der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise schlimmer als Stillstand, sie bedeuten in ihrer Wirkung einen Schritt rückwärts:



Es fehlt erstens an Mut zur Wahrheit. Ohne Wahrheit kein Vertrauen. Nach der katastrophalen Steuerschätzung hätte es als allererstes eines bedurft: Alle Fakten auf den Tisch. Die ökonomischen Daten, die der Bundeskanzler der Agenda 2010 und ihrer erhofften Wirkung zugrunde gelegt hat, sind vollständig überholt.

Schon die Steuerschätzung baut nur noch auf einem Wachstum von 0,75 % auf. Aber auch das ist höchst unwahrscheinlich. Es werden auf jeden Fall massive weitere Steuerausfälle in diesem Jahr auftreten. Aber wie die Kanzlerpartei darauf reagieren will, bleibt unklar: Noch mehr Schulden? Erhöhung der Mehrwertsteuer? Weitere Leistungskürzungen? Solange darauf keine Antwort kommt, wird die Ungewissheit bleiben. Und mit der Ungewissheit bleibt der Attentismus und der Investitionsstopp. Die Abwanderung von Kapital, Wissen und Arbeit setzt sich fort.

Zur Wahrheit gehört zweitens: Die Sozialbeiträge steigen ungebremst weiter, bei der Gesundheit auf bis zu 15%, bei der Rente auf fast 20 % zum Jahresende. Aber die Vorschläge der SPD reagieren darauf nicht:

- Die Erhöhung der Tabaksteuer bringt eine Entlastung von vielleicht maximal 0,3 Prozent-Punkten auf der Beitragsseite – und wirkt obendrein wachstumsbremsend. Der gescheiterte Finanzminister Eichel dazu: *„Das ist nur die zweitbeste Lösung. Die Probleme einer Sozialversicherung lassen sich nicht dadurch lösen, dass man frisches Geld aus dem Haushalt nachschießt.“* (Spiegel 20/2003).
- Die Koalition rechtfertigt den Griff zur Tabaksteuer mit der gesundheitspolitischen Erwägung, die Menschen sollten weniger rauchen, um wenige Tage darauf zu erklären, man

hoffe doch, der Umsatzeinbruch beim Zigarettenverbrauch werde nur vorübergehend sein.

- Die Umfinanzierung des Krankengeldes bleibt eine reine Umfinanzierung im System und senkt die Lohnnebenkosten in der GKV per Saldo nicht.
- Der Rürup'sche Nachhaltigkeitsfaktor in der Rente soll nun erst ab 2010 eingeführt werden, dabei wäre er als „Demographischer Faktor“ schon vor fünf Jahren unerlässlich gewesen.
- Die Einsparungen aus den geplanten Kürzungen beim Arbeitslosengeld werden in neue Sonderprogramme und ins Haushaltsloch der BA geworfen. Kein Wort von einer Senkung der Beiträge.

Das alles heißt konkret: Die Sozialdemokraten weigern sich, das Thema „Lohnnebenkosten“ und die Entlastung des Faktors Arbeit ernsthaft anzugehen. **Die SPD betreibt in Wirklichkeit reine Fiskalpolitik, keine Beschäftigungspolitik.**

Der Bundeskanzler versucht zwar, auf die „Langfristigkeit“ der Vorhaben und auf den SPD-Parteitag im November zu verweisen. Aber erstens sieht es danach aus, dass die Bundesregierung die Ausbildungsplatzabgabe noch in diesem Herbst erzwingen will – sei es als „freiwilliger“ Fonds der Wirtschaft bis zum Ende des dritten Quartals oder ersatzweise als gesetzlicher Fonds bis zum Jahresende.

**Ingrid Fischbach:** "Und zweitens das Entscheidende: In dieser kritischen Situation die öffentliche Diskussion von der Flexibilisierung hin zu monatelangen Debatten über weitere Steuern, Abgaben und Staatsprogramme zu verlagern, zerstört den letzten Rest an Vertrauen und Investitionsbereitschaft. Was die Agenda 2010 aufbauen sollte, reißt Iwan, egal unter welchem Namen, wieder ein. **Was die SPD-Führung tut, ist nichts anderes, als die parteiinternen Querelen auf dem Rücken der Bürger und der Wirtschaft auszutragen.**" ◀◀



Wußten Sie schon,

... dass der Staat in diesem Jahr voraussichtlich 4,7 Milliarden aus Glücksspielen kassiert? Das ist sieben Mal mehr als 1970. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Steuern und Gewinnen der Lotto- und Totogesellschaften sowie der Spielbanken.

## Eckpunkte zur Gesundheitsreform



►► Die bisher bekannten **Eckpunkte zur Gesundheitsreform** von Gesundheitsministerin Schmidt sind in fast allen Punkten inakzeptabel:

- Neben der fehlenden verlässlichen Finanzierung zielen die Vorschläge weiterhin auf eine massive öffentliche Regulierung der Gesundheitsleistungen. Im Zentrum der Kritik steht das sog. Institut für Qualität in der Medizin, das vor allem der Standardisierung und Robotisierung der ärztlichen Behandlung Vorschub leistet.
- Der notwendige Wettbewerb wird auf der Seite der Erbringer falsch, nämlich vor allem zu Lasten der niedergelassenen Fachärzte, zwischen den Kassen hingegen gar nicht organisiert.
- Wahltarife sind nicht vorgesehen, von einer stärkeren allgemeinen Selbstbeteiligung, wie von Schröder am 14.3. noch verkündet, keine Spur. Die neuen Zuzahlungsregelungen und Praxisgebühren werden höchst widersprüchliche Effekte auslösen.

**Ingrid Fischbach:** "Das bedeutet politisch: Die Bundesregierung beabsichtigt bis auf weiteres nicht, auf einen Kompromiss mit der Union zuzusteuern. Die bekannten Eckpunkte können auch als Gesetzentwurf in dieser Form für die Union keine parlamentarische Verhandlungsgrundlage sein." ◀◀

## Neues von Gerster

►► Die Reform des Koloss Bundesanstalt für Arbeit ist zugegeben keine leichte Aufgabe. Da braucht es sowohl Management-Qualitäten wie politisches Gespür wie auch

besondere Fähigkeiten in der Menschenführung. Bei allem scheint es beim SPD-Mann Florian Gerster an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit zu hapern:



- „50 Plus – die können es!“ heißt die Kampagne der BA für die Einstellung älterer Arbeitnehmer. In der Behörde selbst wird Führungskräften über 60 indes nahegelegt, in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen und rückwirkend Altersteilzeit zu beantragen. (Quelle: Rheinische Post 9.5.2003)
- Während die BA Milliardendefizite anhäuft, wird die Umbenennung der Behörde in „Bundesagentur für Arbeit“ mindestens 7,5 Millionen Euro verschlingen. (Quelle: Bild 12.5.2003)

Wiederholt hielt Florian Gerster es nicht für nötig, Einladungen von Bundestagsgremien Folge zu leisten. Am 13. Februar war ihm die Einweihung des neuen BA-Hauptstadtbüros wichtiger als eine Sitzung des Haushaltsausschusses; am 4. April war er vom Rechnungsprüfungsausschuss eingeladen, erschien aber nicht; und am 7. Mai sollte er im Haushaltsausschuss zur Finanzlage der BA Stellung nehmen, feierte aber lieber in Nürnberg seinen Geburtstag. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Gerhard Rübenkönig (SPD), äußerte inzwischen in einem Brief an Gerster sein „*Bedauern darüber, dass Sie [...] offenbar keinen großen Wert auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament legen.*“ (Quelle: Bild 11.5.2003) . ◀◀



## Hartz-Reformen greifen nicht

▶▶ Das von Bundeskanzler Schröder im vergangenen Jahr als Allheilmittel gegen steigende Arbeitslosigkeit verkaufte Hartz-Konzept erweist sich vier Monate nach In-Kraft-Treten in vielen Teilen als großer Flopp:

Spruch der Woche

*„Wer immer häufiger in immer kürzeren Abständen politische Entscheidungen mit seiner Person verbindet, muss irgendwann auch bereit sein, dafür die Konsequenzen zu ziehen.“*

Klaus Wieschügel  
Chef der IG Bau, zum Streit mit  
Bundeskanzler Gerhard Schröder  
und dessen Reformprogramm



- Ende April gab es erst 200 Personal Service Agenturen, die bislang 10.000 Arbeitslose übernommen haben. Diese Maßnahme sollte in diesem Jahr ursprünglich 100.000 Jobs schaffen.
- Mit dem Programm „Kapital für Arbeit“ wurden bisher erst rund 3.300 Arbeitsplätze subventioniert. Erwartet wurden 50.000 neue Stellen in 2003.
- Von den 300.000 neuen Jobs, die jährlich durch Ich-AGs entstehen sollten, erwartet die Bundesregierung inzwischen nur noch 50.000. (Quelle: Die Welt 8.5.2003)
- Aus dem Job-AQTIV-Gesetz vom Winter 2001/2002 stammen die Vermittlungsgutscheine der BA. Es wurden zwar mittlerweile über 200.000 ausgegeben, aber nur ca. 13.000 eingelöst. Die Kritik der Union von damals findet sich bestätigt: Kein kostendeckender Wert der Gutscheine und ein strukturelles Desinteresse der BA, der privaten Konkurrenz weiterzuhelfen. (IW Köln, 16.5.03) ◀◀

## Die rote Heidi kann's nicht lassen

▶▶ Die Entwicklungshilfeministerin meinte auf dem Juso-Bundeskongress unter dem Jubel der Delegierten zur Irak-Debatte: *„Der Frieden ist nicht gewonnen. Es gilt jetzt, das irakische Volk zu befreien von Diktatur und Fremdherrschaft.“* (FAZ, 12.5.03).

Was heißt „jetzt“, nach dem Sturz Saddams? Und offensichtlich sind die Diktatur von Saddam Hussein und die „Fremdherrschaft“ der USA in einer Reihe zu nennende Übel für das irakische Volk. Reaktion des Kanzlers oder des Außenministers: Keine. Der Antiamerikanismus hat weiterhin einen Namen: Rot-Grün. ◀◀



...das Allerletzte!

*„Eigentlich galten die Euro-Scheine und Münzen als besonders fälschungssicher. Der Schutz sei größer als bei der D-Mark, hieß es. Doch es tauchen immer mehr Euro-Blüten auf. Laut Bundesbank liegt die Zahl der im vergangenen Jahr in Deutschland sichergestellten Fälschungen leicht über dem Niveau von 2001, dem letzten Jahr der D-Mark. Am häufigsten wird der 50-Euro-Schein nachgemacht. Die meisten Blüten kommen aus Osteuropa ins Land.“*